

Wir Steirer

Impressum: Fd. Nr.: FPÖ Landesgruppe Steiermark,
Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz
Email: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95,
Bezirksparteiobmann Patrick Derler

AUSGABE NOVEMBER 2021

GLEISDORF

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH



Keine Rückkehr zur Tagesordnung

Geschätzte Gleisdorfer, geschätzte Gleisdorferinnen!

„Vorsicht Meinungsbeeinflussung“. Dieser Warnhinweis sollte unter so manchem Bericht in Medien und veröffentlichten Umfragen aufscheinen. Die letzten Wochen haben gelehrt, dass vieles möglich ist. Viel mehr, als man noch vor einigen Jahren dachte, dass möglich sein könnte.

Die türkise Blase ist geplatzt und hat den Eiter zu Tage gefördert, der darunter wucherte. Ich möchte die ungünstigen Wortspenden aus dem türkisen Intimbereich hier an dieser Stelle gar nicht näher kommentieren oder gar noch einmal zitieren. Sie sind bekannt. Sie sind aber gar nicht der Kern des Übels. Über die

Ausdrucksweise, mit der sie bedacht wurden, mögen sich die Altvorderen der ÖVP beklagen, darum geht es im Wesentlichen aber nicht.

Wesentlich ist jedoch – und deshalb darf jetzt nicht zur Tagesordnung übergegangen werden! – wesentlich ist das System hinter den Chat-Blasen. Es ist ein System, dass die Bevölkerung hinter das Licht zu führen versuchte und das Ziel hatte, die Republik in Geiselhaft zu nehmen, ja sich des Staates für die eigenen Zwecke zu bemächtigen. Mit der Vergangenheitsform muss man in diesem Zusammenhang vorsichtig sein. Denn die jüngsten Rochaden im türkisen Schattenreich des Bundeskanzleramtes sind längst nur kosmetischer Natur, haben die Republik aber auf das Niveau von Erdogans Türkei absinken lassen. Der

Neo-Bundeskanzler selbst hat seine treueste Ergebenheit dem abgestürzten Überflieger gegenüber erklärt – g'schamster Diener! Die Ministerdarsteller (von welcher Agentur wurde eigentlich Karl Nehammer für den Job gecastet?) aus der Kurz-Clique sind alle noch in Amt und Würden. Claudia Tanner kämpft noch immer mit den Windmühlen, Elisabeth Köstinger vielleicht immer noch gegen die Großhandelspreise (obwohl, dieses Ablenkungsmanöver kann sie sich jetzt auch sparen) und Heinz Faßmann mit den vielen Corona-Regeln in der Schule, die er selbst nicht mehr durchblickt. Die anderen Namen sind mir jetzt entfallen, auch der von Finanzminister Blümel, da könnte man mich auch 86 mal danach fragen.

Man glaubt ja kaum, dass sie immer noch das Vertrauen des Bundespräsidenten genießen. Dr. Van der Bellen war hier wohl das Hemd seines grünen Freundeskreises näher als die sonst immer vor sich her getragene Moral. Anständiger wäre es gewesen, die ÖVP hätte den Mut gehabt, sich vom türkisen Geschwür zu trennen. Doch so weit ist man dort (noch) nicht. Zu sehr hängt man dort (noch) an den Wahlergebnissen, die unter dem aktuellen (Noch-)Obmann eingefahren wurden. Wahlergebnisse, die, wie man heute den Verdacht hegt, vom Steuerzahler zumindest mitfinanziert worden sein könnten, und zwar durch frisierte Umfragen, die das Meinungsklima zu Gunsten des jugendlichen Hoffnungsträgers prägen sollten, durch Inserate von Ministerien in Medien, die diese Umfragen veröffentlichen sollten, sowie durch Überschreitung der Wahlkampfkostengrenzen. Anders, so legen diese Verdachtsmo-

mente nahe, sah sich die ÖVP möglicherweise nicht mehr in der Lage, beim Wähler zu reüssieren. Ob sich die Verdachtsmomente bestätigten, wird die Justiz zu klären haben, so man sie lässt.

Traurig ist, dass sich führende ÖVP-Politiker in Stadt und Land von diesem Bild der Politik nicht klarer zu distanzieren vermögen. Beim amtierenden Landeshauptmann ist man das Lavieren und die Unbestimmtheit ja gewohnt. Grantig wird er maximal wenn's ums Impfen Unschuldiger geht.



Bürgermeister Stark jedoch lässt nach wie vor Inserate in Druckschriften schalten, in denen er die „größte Steuerentlastung der Zweiten Republik“ anpreist und damit gleichzeitig Werbung in eigener Person macht. Er schreibt dazu am Ende des Inserates: „Ich freue mich, wenn Sie sich unter < es folgt seine Mailadresse als Abgeordneter > über meine Arbeit im Parla-





ment informieren.“ Uns würde interessieren, wieviel dieses Inserat dem Steuerzahler kostet? Als Mitglied des Budgetausschusses müsste er diese Antwort problemlos geben können. Auch müsste er in dieser Funktion auch schlüssig beantworten können, warum sich in seiner ÖVP-Fraktion nach wie vor keine Mehrheit für die Abschaffung der kalten Progression, die eine steigende Steuerbelastung durch Nichtanpassung der Steuerstufen an die Inflations- und Einkommensentwicklung bewirkt, finden konnte. Noch jede sog. Steuerreform im Bereich der Lohn- und Einkommenssteuer war im Grunde nichts anderes als die notwendige Anpassung dieser Steuerstufen, ohne dass der Steuerzahler jemals einen Cent der zuvor bezahlten höheren Steuer zurückbekommen hätte. Die mit der CO2-Bepreisung einhergehende Belastung kann auch nicht als größte Steuerreform aller Zeiten gefeiert werden. Der als Ausgleich versprochene „Klimabonus“ wird eher bewirken, dass sich jeder Bürgermeister in Zukunft dagegen wehren wird, dass der öffentliche Nahverkehr in seiner Gemeinde verbessert wird. Verringert doch die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs die Höhe des Klimabonus. Wer das erfunden hat, hat übersehen, dass sich hier die Katze in den Schwanz beißt. Wir sind schon gespannt, wie sich unser Bürgermeister und Abgeordneter zum Nationalrat hier positionieren wird.

Zeitgleich zu diesem Inserat geniert er sich aber auch nicht, in seiner Budgetrede von Moral und Privatheit zu faseln. Mit Respekt, aber was Amtsträger dieser Republik zu Themen, die für die Öffentlichkeit von Belang sind, zu sagen haben, ist auch dann nicht privat, wenn es unter vier Augen geschieht. Diese Äußerungen sind von öffentlichem Interesse, umso mehr, als sie Rückschlüsse auf Charakter und Motive der handelnden Personen erlauben und damit dazu beitragen die Frage zu beantworten, ob sie für diese Ämter menschlich und fachlich

überhaupt geeignet sind. Die Republik ist kein Privateigentum der ÖVP, auch nicht wenn man wie die ÖVP seit 35 Jahren so gut wie ununterbrochen in der Bundesregierung sitzt.

In Wahrheit ist es doch so, dass sich jeder, der mit dem türkisen System sympathisiert(e), sei es mittels Selfie mit dem zurückgetretenen Bundeskanzler wie so mancher Stadt- und Gemeinderat in Gleisdorf oder gar dieses System aktiv stützte, wie Bürgermeister Christoph Stark als Nationalratsabgeordneter (der dieses System in Form der amtierenden Bundesregierung auch nach wie vor stützt) folgende Fragen gefallen lassen muss:

- wie halten Sie es mit der politischen Moral? Würden auch Sie, um einen Wahlsieg einzufahren, die öffentliche Meinung versuchen (notfalls mit Steuermitteln) zu manipulieren?
- wie stehen Sie zu den Angriffen gegen die Unabhängigkeit der Justiz?
- wie stehen Sie zu den Versuchen, Organisationen (z.B. Kirchen, Wirtschaftsforschungsinstitute) durch finanzielle Drohungen einzuschüchtern?
- ist auch für Sie persönliche Loyalität wichtiger als kritische eigene Meinung?

Dem geschätzten Wähler kann man nur empfehlen, mehr denn je auf sein Gespür zu vertrauen und insbesondere politische Berichterstattung in Kombination mit Meinungsumfragen skeptisch zu betrachten. Achten Sie doch einmal darauf, wie oft Meinungsumfragen in Zusammenhang mit geplanten politischen Maßnahmen veröffentlicht werden und wie oft in diesen Meinungsumfragen eine Mehrheit genau die geplanten Maßnahmen befürwortet, obwohl Sie selbst doch eigentlich gegenteiliger Ansicht sind. Auch so kann man eine Demokratie lenken, meint Ihr

GR Harald Lembacher



MIT VOLLER KRAFT FÜR UNSER GLEISDORF.

Harald Lembacher
Stadtparteiobmann, Gemeinderat

www.fpoe-stmk.at



Es wird Zeit für echte Normalität! **NEIN zum Lockdown für Ungeimpfte!**

- ✗ **Keinen Impfzwang** durch die Hintertür
- ✗ **Keine Ungleichbehandlung** von Ungeimpften
- ✗ Aufhebung der **unverhältnismäßigen COVID-19 Bestimmungen**

Mario Kunasek
FPÖ-Landesparteiobmann und
Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs

[f /mkunasek](https://www.facebook.com/mkunasek)
[@ /mariokunasek](https://www.instagram.com/mariokunasek)

